

dungsprozesse ablaufen, wie Parteieliten sozialisiert und rekrutiert werden oder welchen Beitrag Parteimitglieder für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Organisation leisten. Dies ist nicht *Decker* anzulasten, stellt die Parteiorganisationsforschung doch eine vergleichsweise wenig erforschte Subdisziplin in der oft in der „top down“-Perspektive verhafteten allgemeinen Parteienforschung dar.

Eine der großen Stärken der Darstellung liegt in der Souveränität des Verfassers im Umgang mit der doch recht weitläufigen Literatur zur weiteren Entwicklung von Parteien und Parteiensystemen. Insbesondere im abschließenden Kapitel schafft es *Decker* ohne bleiernen Nachweisapparat, die wesentlichen Entwicklungen prägnant zu präsentieren, einzuordnen und zu bewerten. Seine Empfehlungen für die Überwindung der Legitimationskrise von Parteien reihen sich konsequenterweise unmittelbar ein in sein Grundplädoyer für eine Stärkung plebiszitärer Elemente, das er auch in anderen Forschungsfeldern pointiert vertritt: Er schlägt die Öffnung der Parteien für Nichtmitglieder, die Stärkung direktdemokratischer Verfahren bei innerparteilichen Sach- und Personalentscheidungen sowie die Ergänzung des Parteienwettbewerbs durch Volksabstimmungen vor.

Der Band „Parteien und Parteiensysteme in Deutschland“ ist eine kompakte Einführung in die Parteienforschung, die sehr gut für den universitären Lehrbetrieb geeignet sein dürfte, gerade wenn die Analyse von Parteiensystemen und institutionelle Erklärungsansätze für ihren Wandel thematisiert werden sollen. In der betont komparativen Ausrichtung der Darstellung knüpft *Decker* an von Beymes wegwei-

sende, aber leider nicht mehr ganz aktuelle Monographie „Parteien im Wandel“ an, ohne dabei die Kürze eines Lehrbuches zu verlieren.

Tim Spier

Martin, Lanny W. und Georg Vanberg: *Parliaments and Coalitions. The Role of Legislative Institutions in Multiparty Governance*. New York. Oxford University Press 2011. 174 Seiten. 63,99 €.

Wie gelingt es Regierungskoalitionen, ein gemeinsames Gesetzgebungsprogramm umzusetzen, wo doch die Partner gegeneinander im Wahlwettbewerb stehen und somit ständig versucht sind, Kompromisse zu ihren eigenen Gunsten zu verändern? Dieses Problem von Koalitionsregierungen bildet den Ausgangspunkt des Buches von *Lanny W. Martin* und *Georg Vanberg*. Das Ausgangsproblem war seit der grundlegenden Arbeit von Michael Laver und Kenneth A. Shepsle in den 1990er Jahren bereits Gegenstand zahlreicher Studien. Während darin der Fokus darauf lag, wie auf exekutiver Ebene (zum Beispiel durch Staatssekretäre wie bei Michael Thies) die Einhaltung von Koalitionsverträgen sichergestellt wird, eröffnen *Martin* und *Vanberg* eine neue Perspektive: Sie argumentieren, dass Koalitionspartner auch die legislative Ebene nutzen, um sich bei der Gesetzgebung gegenseitig zu kontrollieren.

Dieses Argument entwickeln und testen die Autoren in insgesamt sieben Kapiteln. Kapitel 2 widmet sich einer detaillierten Diskussion des grundlegenden Delegationsproblems: Regieren in Koalitionen erfordert Kompromisse. Die konkrete Umsetzung dieser Kompromisse obliegt jedoch einzelnen Ministern, die jedes Gesetz – in der Logik

räumlicher Modelle – stärker an den Idealpunkt der eigenen Partei heranziehen möchten. Durch den Informationsvorsprung ihres Ministeriums verfügen sie zudem in der gesetzlichen Detailarbeit über die Mittel für einen solchen „policy-Betrug“. Im ungünstigsten Fall wird so der Koalitionskompromiss gegenstandslos, da jede Partei über die von ihr kontrollierten Ministerien ihre eigenen Idealvorstellungen durchsetzt. Aus diesem pareto-ineffizienten Zustand von ministerial government (Laver/Shepsle) können sich die Koalitionsparteien nur befreien, wenn sie sich gegenseitig bei der Einhaltung von Kompromissen kontrollieren und gegebenenfalls notwendige Korrekturen an ministeriellen Entwürfen vornehmen können. Eine solche Kombination von Kontroll- und Modifikationsmöglichkeiten sehen *Martin* und *Vanberg* in „starken“ Parlamenten verwirklicht (Kapitel 3). Diese sind durch Ausschüsse gekennzeichnet, die zum Beispiel durch Expertenanhörungen unabhängige Informationen über Alternativen zum Entwurf eines Ministeriums generieren und über umfassende Änderungsrechte verfügen. In diesen starken Parlamenten erwarten die Autoren folgenden Zusammenhang: Da mit wachsender politischer Distanz zwischen den Partnern in einem Politikfeld der Anreiz für einen „policy-Betrug“ steigt, sollte auch die Kontroll- und Änderungsaktivität bei der parlamentarischen Befassung mit den entsprechenden Entwürfen steigen. Im besten Sinne kumulativer Forschung werden in der Hypothesenbildung bestehende Befunde über die Rolle von „Wächter-Staatssekretären“ berücksichtigt. Wenn einem Minister ein Staatssekretär der anderen Partei quasi als Aufpasser zur Seite gestellt wird, so die Erwartung,

findet Kontrolle bereits auf exekutiver Ebene statt, so dass im Parlament nur häufigere Modifikationen mit wachsender politischer Distanz korreliert sein sollten.

Zur empirischen Überprüfung ihres Arguments (Kapitel 5 und 6) untersuchen *Martin* und *Vanberg* schließlich 1300 Gesetze 28 verschiedener Koalitionsregierungen aus drei „starken“ Parlamenten – dem dänischen Folketing, der niederländischen Tweede Kamer und dem Deutschen Bundestag – sowie zwei „schwachen“ Kammern – der französischen Assemblée Nationale und dem Irischen Dáil. Die relevanten deskriptiven Informationen über politische Distanzen, Themendimensionen und legislative Aktivitäten in diesen fünf Parlamenten finden sich gut aufbereitet in Kapitel 5. Um das Ausmaß von Kontrolle zu operationalisieren, nutzen *Martin* und *Vanberg* die Dauer eines Gesetzgebungsverfahrens, welches mit der Häufigkeit von Anhörungen und Expertenbefragungen korreliert sein dürfte. Die Korrektur ministerieller Entwürfe wird über die Anzahl der im Ausschuss veränderten Artikel gemessen. Die zentralen Hypothesen finden sich bestätigt (Kapitel 5 und 6): Mit steigender politischer Distanz zwischen Koalitionspartnern in einem Politikfeld nimmt in starken Parlamenten sowohl die Kontroll- als auch die Änderungsaktivität der Ausschüsse zu, während sich in schwachen Parlamenten kein solches Datenmuster einstellt. Neben Kontrollvariablen, wie der Anzahl der befassten Ausschüsse berücksichtigt die Analyse auch die prominente konkurrierende Erklärung, dass Kontrolle und Änderung von Gesetzentwürfen durch den Einfluss der Opposition bedingt sein könnten. Selbst unter (dänischen) Minderheitsregierun-

gen scheint die Opposition aber keinen derartigen Einfluss zu besitzen. Insgesamt haben *Martin* und *Vanberg* eine in vielerlei Hinsicht beeindruckende Studie vorgelegt. Hervorzuheben ist insbesondere die Klarheit der Argumentation, ihre Verankerung in der bestehenden Literatur, die umfassende Datenbasis und die ausgeprägte Sorgfalt und Transparenz der statistischen Analyse. *Martin* und *Vanberg* versuchen möglichst viele Implikationen ihrer Theorie zu testen, veranschaulichen nachvollziehbar die substantiellen Effekte der interessierenden Variablen und belegen im Anhang durch alternative Spezifikationen die Robustheit der statistischen Zusammenhänge. Wer sich für die Gesetzgebung und Ausschussstärke in den untersuchten Ländern interessiert, findet zudem in den Kapiteln 3 und 4 einen reichhaltigen Fundus. Während der quantitative Test keine Wünsche offen lässt, hätte eine qualitative Fundierung das kausale Argument noch glaubwürdiger machen können. Dass der Ausschuss wirklich der Ort ist, an dem sich die Koalitionspartner – vor den Augen der Opposition – auf die Finger schauen und gegenseitig korrigieren, muss auf Grundlage teilnehmender Beobachtungen, zum Beispiel von Oertzens, zumindest für Deutschland bezweifelt werden. Zudem sieht sich eine potentielle intrainstitutionelle Kontrolle in Ausschüssen einer entscheidungstheoretischen Komplikation gegenüber, die eine Diskussion verdient hätte: Für jede Änderung eines Gesetzentwurfes bedarf es einer Ausschussmehrheit, was in der Logik des Arguments von *Martin* und *Vanberg* erfordert, dass der „betrügende“ Partner immer zustimmen muss, wenn der „betrogene“ Partner ihn überführen will. Aus der deutschen Brille

schaute man auch stutzig auf den Befund der absoluten Einflusslosigkeit der Opposition. Die Auswirkungen eines oppositionskontrollierten Bundesrates sowohl auf Dauer als auch Inhalt der Gesetzgebung, die Burkhart/Manow sowie König/Bräuninger in diversen Studien nachgewiesen haben, werden hier ausgeblendet. *Martin* und *Vanbergs* innovative Perspektive auf das Delegationsproblem von Koalitionsregierungen bietet somit einen fruchtbaren Ausgangspunkt für weitere Forschung.

Christian Stecker

Internationale Beziehungen

Sapper, Manfred und Volker Weichsel (Hrsg.). *Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland*, Heft 6-8/2012 Osteuropa. Berlin. Berliner Wissenschaftsverlag. 560 Seiten. 32,00 €.

Die politikwissenschaftliche, aber auch soziologische Russlandexpertise ist universitär und außeruniversitär im Niedergang, dies gilt für Deutschland und - summa summarum - auch für den angelsächsischen Raum. Erst hatte die Russlandkunde mit dem Systemwechsel ihre angestammten Paradigmen preisgeben müssen, und dann kam die nächste Enttäuschung: Russland folgte nicht dem Leitbild der Demokratisierung, und es fiel auch nicht auseinander. Die Malaise der Russlandexpertise mag auch einer generellen Abkehr von Regionalforschung zuzuschreiben sein. Politikwissenschaftlich wäre interessant, warum die Paradigmen versagten, vor allem aber sollte man aus der Enttäuschung keine Tugend machen: Russland ist mitnichten eine konsolidierte Autokratie. Einige